

17/1997

Generalsekretär Peter Hintze:

Der Spielraum für weitere Einsparungen ist begrenzt

Der FDP-Parteitag hat die Freien Demokraten selbstbewußt, zugleich aber auch koalitionsstreu gezeigt. Die Führung der FDP ist ein-drucksvoll in ihrem Amt bestätigt worden. Wir sehen in den Beratungen und den Führungsentscheidungen eine gute Grundlage, die Koalition mit den Liberalen nicht nur bis zur Wahl 1998, sondern auch in der Legislaturperiode 1998 bis 2002 fortzusetzen.

Trotzdem ist uns klar, daß schwierige Gespräche in den Haushalts- und Finanzfragen bevorstehen. Die Koalition besteht jetzt 15 Jahre, und wir haben gute

Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus nach der Sitzung des Bundesvorstands am 26. Mai.

Erfahrungen auch mit schwierigen Situationen. Wir werden deshalb unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Parteitagsbeschlüsse nehmen wir ernst, Parteitagsbeschlüsse sind wichtig, aber für die Zukunft Deutschlands kann nicht der Beschluß einer einzigen Koalitionspartei entscheidend sein. Hier kommt es darauf an, was wir in der Koalition gemeinsam beraten und vereinbaren.

Fortsetzung auf Seite 2

HEUTE AKTUELL

● Aufbau Ost

Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland. Seite 4

Bund und Länder fördern 15.000 betriebliche Lehrstellen in Ostdeutschland. Seite 11

● Bundeshaushalt

Wir brauchen eine schnelle Umsetzung der Reformen. Seite 12

● Steuerpolitik

Die SPD springt nicht über ihren ideologischen Schatten. Seite 15

● Sicherheit

NATO-Rußland-Akte feierlich unterzeichnet. Seite 16

● CDA-Bundestagung

Wolfgang Schäuble: Sozial ist, was Beschäftigung schafft. Seite 18

Rainer Eppelmann: Uns geht es um den richtigen Weg zur Vollbeschäftigung. Seite 22

● UiD Extra

Laudatio von Lord Weidenfeld anlässlich der Verleihung des Leo-Baeck-Preises an Helmut Kohl und die Dankadresse des Bundeskanzlers. Innenteil

Anlässlich des Bezirksparteitages der Ostfriesland-CDU in Aurich mit gleich drei Spitzenrednern, mit Ministerpräsident Bernhard Vogel, mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rudolf Seiters und dem niedersächsischen Landesvorsitzenden Christian Wulff, hatte der CDU-Kreisverband Aurich zum bundesweiten Aktionstag einen Werbeprospekt in der Auricher Fußgängerzone



aufgebaut, der zum besonderen Anziehungspunkt vieler Menschen wurde, als die CDU-Spitzenpolitiker in Begleitung der örtlichen Abgeordneten und Funktionsträger an den Stand kamen und mit den Bürgern das direkte Gespräch aufnahmen. Die Auricher „Schnäppchen-Tage“ hatten viele Menschen angelockt, deren Interesse über den günstigen Einkauf hinaus auf die CDU gerichtet war. Auf dem Foto (von links): Landes- und Fraktionsvorsitzender Christian Wulff (MdL), Kreisvorsitzender Wolfgang Ontijd (MdL), Hermann Dinkla (MdL), Anna Backa (Stadtratsfraktion Aurich), Theo Frerichs (Ortsvorsitzender), Ministerpräsident Bernhard Vogel.

Fortsetzung von Seite 1

Was den Beschluß der Freien Demokraten zur Mitgliederumfrage in Sachen Allgemeine Wehrpflicht angeht:

Für die CDU steht die Allgemeine Wehrpflicht nicht zur Disposition. Wir sind deshalb auch nicht bereit, in politische Beratungen über die Wehrpflicht einzutreten. Die Welt ist zwar in einem ständigen Wandel, aber wir wären schlecht beraten, wenn wir auf die Allgemeine Wehrpflicht verzichten würden.

In der Finanzpolitik zeigt die FDP eine Neigung zur Selbstfesselung. Wir werden uns deshalb bemühen, in Koalitionsgesprächen den einen oder anderen Strick

wieder zu lösen. Die Aufgaben in der Finanzpolitik lassen sich nur dann bewältigen, wenn man die Optionen nicht schon von vornherein künstlich begrenzt und dadurch eine Lösung der Probleme verbaut.

Zur Frage des Bundeshaushalts:

Angesichts zurückgehender Steuereinnahmen stehen wir vor zwei Aufgaben: Erstens: Konsolidierung des Haushaltes 1997. Hierzu haben wir uns in unseren Beratungen ausdrücklich die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes vorbehalten. In Koalitionsberatungen wollen wir feststellen, ob es zu diesem Schritt kommen muß, z. B. um neue Kreditermächtigungen durch den Deutschen Bundestag zu erhalten. Die Entscheidung darüber muß bis spätestens Ende Juni fallen.

Zweitens geht es um die Aufstellung eines ausgeglichenen und wachstumsfördernden Haushaltes für 1998. Der Bundeskanzler hat bekanntgegeben, daß der Haushaltsentwurf am 2. Juli vom Kabinett verabschiedet werden soll. Auch damit stehen wir vor einer wichtigen Aufgabe: wir müssen mit dem Haushalt '98 wie schon mit dem Haushalt '97 die Neuverschuldung wirksam begrenzen. Denn 1997 ist das Referenzjahr für den Eintritt in die Europäische Währungsunion, und wir wollen, daß diese Europäische Währungsunion termingerecht startet.

Wir müssen bei der Aufstellung des Haushaltes sorgfältig auf die Bestimmungen der Verfassung achten, also auf den Artikel 115 des Grundgesetzes, der das Verhältnis von Neuverschuldung und Investitionen regelt.

Wir werden nicht darum herumkommen, auch die Möglichkeiten weiterer Einsparungen zu prüfen. Dabei ist allerdings das Einsparpotential im Bundeshaushalt äußerst begrenzt, wenn es darum geht, Wachstumsimpulse zu geben. Ebenso dürfen wir natürlich auch beim Thema Privatisierung nicht die zur Verfügung stehende Finanzmasse überschätzen. So wird z. B. der Löwenanteil des Privatisierungserlöses bei der Telekom-Privatisierung die Pensionslasten der alten Post zu tragen haben, die wir übernommen haben.

Zum 9. Parteitag vom 12. bis 15. Oktober in Leipzig:

Dieser Parteitag markiert den Auftakt zum Wahljahr. Der Bundesvorstand hat der Einsetzung einer Vorbereitungskommission unter meinem Vorsitz zugestimmt.

Wir wollen uns auf diesem Parteitag sowohl mit den aktuellen, aber auch mit langfristigen Fragestellungen beschäftigen. Heute schon zeichnen sich drei Themenblöcke ab:

- Das zentrale Thema ist das Thema Arbeit. Wir werden die Frage nach der Zukunft der Arbeit, aber auch nach der Arbeit der Zukunft stellen und dabei die Themen Forschung, Technologie, Innovation, neue Arbeitsfelder und neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt ansprechen.
- Der Parteitag in Leipzig wird sich außerdem mit einer Bilanz nach sieben Jahren deutscher Einheit beschäftigen und Perspektiven für die vor uns liegenden Jahre formulieren.
- Schließlich wollen wir auf diesem Parteitag unsere Vorstellung vom Zusammenleben im 21. Jahrhundert diskutieren. Der Parteitag gehört damit in die Reihe von Parteitagen, Kongressen und Zukunftsforen, bei denen es um die Aufstellung einer Tagesordnung für das 21. Jahrhundert geht.

Helmut Kohl: Ich teile die Freude der Spieler und Fans

Bundeskanzler Helmut Kohl hat an den Präsidenten des FC Schalke 04, Gerhard Rehberg, Gelsenkirchen, folgendes Glückwunschsreiben gesandt:

Mit einer großartigen Leistung hat die Mannschaft des FC Schalke 04 in einem bis zum Schluß spannenden Wettbewerb den UEFA-Pokal gewonnen. Ich teile die Freude der

Spieler und der Fans über diesen größten Erfolg in der Geschichte ihres traditionsreichen Vereins und gratuliere den Spielern, dem Trainer und allen, die zu dieser herausragenden Leistung beigetragen haben, sehr herzlich. Für die kommenden Aufgaben wünsche ich dem FC Schalke 04 alles Gute und viel Erfolg.

Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich auf eine gemeinsame Initiative verständigt, um dem Aufbau Ost zusätzliche Schubkraft zu geben und insbesondere die Beschäftigungslage in den neuen Ländern zu verbessern.

In den neuen Bundesländern sind seit der Vereinigung große wirtschaftliche und soziale Fortschritte erzielt worden. Dennoch ist die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland noch nicht selbsttragend. Die Bauwirtschaft hat inzwischen ihre Funktion als Wachstumsmotor verloren – eine Rolle, die Industrie und Dienstleistungen erst schrittweise übernehmen können. Es bleibt weiterhin vordringliche Aufgabe, alles für die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze und für die Gewinnung neuer Arbeitsplätze zu tun. Dies kann nur gelingen, wenn die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors nachhaltig gestärkt wird und die unternehmerische Basis durch Neugründungen auch auswärtiger Investoren weiter verbreitet wird. Alle müssen ihren eigenständigen Beitrag zum Aufbau leisten: Wirtschaft und Unternehmen insbesondere aus Industrie, Handel und Kreditwirtschaft, die Tarifparteien und der Staat.

Derzeit erreicht die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt erst knapp 57 Prozent des Produktivitätsniveaus der westdeutschen Wirtschaft, die Lohnkostenbelastung der Wertschöpfung liegt in Ostdeutschland um fast 30 Prozent höher als in Westdeutschland – bei allerdings großen Unterschieden zwischen verschiedenen Branchen und Unternehmen. Diese Eckdaten markieren den Wettbewerbsrückstand der ostdeutschen

Wirtschaft; aber sie zeigen auch Ansatzpunkte für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Eine gemeinsame Initiative muß zugleich den Produktivitätsrückstand abbauen helfen und Lohnkostennachteile reduzieren. Neben hohen Kosten spielen hier auch Schwierigkeiten beim Marktzugang und in Verbindung damit eine unzureichende Kapazitätsauslastung eine mindestens ebenso große Rolle. Mit den Rahmenbedingun-

Initiative der Bundesregierung, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Kreditgewerbes

gen, die der Staat setzt – von der Genehmigungspraxis bis zu den Förderkonditionen –, werden ebenfalls die Entfaltungsmöglichkeiten der ostdeutschen Unternehmen wesentlich mitbestimmt.

Eine gemeinsame Initiative muß sich daher an folgenden Leitlinien orientieren:

● **Ziel des Aufbaus Ost** ist der Aufbau einer Wirtschaft, die Einkommen und Investitionen zunehmend aus eigener Kraft erwirtschaftet und sich im internationalen Wettbewerb behaupten kann.

- **Die Tarifpolitik** muß neben ihren zentralen Aufgaben ihren Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erbringen, indem sich die Lohnentwicklung an der Leistungskraft der Unternehmen orientiert, also beschäftigungsgefährdende Kostenimpulse vermeidet.
- **Die Wirtschaft** muß dazu beitragen, daß sich die Chancen der Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten verbessern. Hierfür sollen insbesondere von den größeren Unternehmen in Industrie und Handel zusätzliche Initiativen zugunsten der ostdeutschen Wirtschaft ergriffen werden.
- **Der Staat** bleibt beim Aufbauprozess in Ostdeutschland in der Pflicht. Dazu gehören wachstums- und beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen ebenso wie gezielte Fördermaßnahmen für ost-

deutsche Unternehmen – insbesondere in der Industrie – auf ihrem Weg in die Wettbewerbsfähigkeit. Daneben bestehen auch bei der Infrastruktur – trotz beachtlicher Fortschritte – erhebliche Defizite.

Vorrangiges Ziel der gemeinsamen Bemühungen ist es,

- die Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft weiter zu stärken,
- die Beschäftigung in den neuen Ländern im Jahr 1997 mindestens auf dem Niveau von 1996 (rund 6,4 Millionen) zu stabilisieren.
- in den darauffolgenden Jahren an die positive Beschäftigungsentwicklung der Jahre 1994 und 1995 anzuknüpfen, d.h. einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von rund 100.000 Beschäftigten zu erreichen.

100.000 neue Arbeitsplätze sind möglich

Zum Beschäftigungspakt Ostdeutschland erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion Gunnar Uldall:

Mit der „Gemeinsamen Initiative“ erhalten die Bemühungen um eine Verbesserung des Arbeitsmarktes neue Impulse. Eine Steigerung der Beschäftigtenzahlen um 100.000 in 1998 kann durchaus erreicht werden. Diese Steigerung der Arbeitsplätze entspricht der Entwicklung in 1994 und 1995. Chancen für neue Einstellungen liegen vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben im Gewerbe- und Dienstleistungssektor.

Die Anhebung der Investitionszulage auf 20 Prozent für diese Unternehmen sowie die Orientierung der Tarifpolitik

an den Beschäftigungszielen werden schnell positive Effekte zeigen. Nicht gering zu bewerten ist auch die Zusage, verstärkt Produkte aus Ostdeutschland zu beziehen. In den vergangenen Jahren haben sich die Qualität vieler Produkte und der Servicegrad zahlreicher Unternehmen deutlich verbessert. Das wird sich jetzt in erhöhten Absatzzahlen niederschlagen.

Die Entwicklung der letzten Tage verstärkt die Hoffnung, daß die großen Reformvorhaben, wie z. B. die Steuerreform, jetzt schnell vorankommen. Die Phase, in der schon im Ansatz alles zerredet wurde, muß nun zu Ende sein. Gemeinsam wird es möglich sein, Deutschland den Anschluß an die weltweite Entwicklung zu verschaffen.

Neuer Schwung für den Aufbau Ost

Zum Aufbau Ost erklärten Generalsekretär Peter Hintze, der Stellvertretende Parteivorsitzende Christoph Bergner, das Präsidiumsmitglied, Bundesministerin Claudia Nolte, der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, und der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Staatssekretär Rudi Geil:

Wir stehen jetzt im siebten Jahr der deutschen Einheit. Die CDU Deutschlands ist nicht nur die Partei der staatlichen Einheit, sondern auch die politische Kraft, die entscheidend die innere Einheit unseres Vaterlandes prägt. Es ist unübersehbar: Seit dem Zusammenbruch der ehemaligen DDR ist in den neuen Bundesländern sehr viel erreicht worden. Durch das große Engagement der Menschen und die konsequente Politik der CDU-geführten Bundesregierung waren diese Erfolge möglich. Die Deutschen in Ost und West haben die Chance der Einheit genutzt.

Der Prozeß der inneren Einheit ist auch ein Lernprozeß. Manche optimistischen Erwartungen des Jahres 1990 haben sich noch nicht erfüllt. Entwicklungen wie der Zusammenbruch der osteuropäischen Absatzmärkte waren nicht vorhersehbar. Heute wissen wir: Die tiefgreifenden Schäden, die der Sozialismus hinterlassen hat, sind nicht kurzfristig zu beheben; der Aufbau Ost wird mehr Zeit in Anspruch nehmen als ursprünglich angenommen. Wir müssen uns immer wieder vergewissern, von welcher Ausgangslage im Jahr 1990 die neuen Bundesländer ihren Weg in die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft nahmen.

Die Wiederherstellung der vollen inneren Einheit Deutschlands ist eine Generationenaufgabe – wirtschaftlich ebenso wie mental.

Für die CDU ist die Ausgestaltung der inneren Einheit Deutschlands die nationale Aufgabe Nummer eins. In einem Kraftakt ohne Beispiel haben die Deutschen in den zurückliegenden sieben Jahren über eine Billion DM aufgebracht, um die Schäden des Sozialismus zu beseitigen.

Die CDU hat den Aufbau Ost immer als Gemeinschaftswerk betrachtet. Alle Maßnahmen der zurückliegenden sieben Jahre wurden in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen in den neuen Bundes-

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 27. Mai im Konrad-Adenauer-Haus haben Peter Hintze, Christoph Bergner, Claudia Nolte, Friedrich Bohl und Rudi Geil die sechs wichtigsten Punkte der „Gemeinsamen Initiative“ erläutert.

ländern vorbereitet und durchgeführt. Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, trifft regelmäßig mit den CDU-Ministerpräsidenten sowie den Landes- und Fraktionsvorsitzenden und den Bundestagsabgeordneten der neuen Bundesländer zusammen, um die jeweils nächsten Etappen des Aufbaus Ost zu beraten.

1. Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland

Die am 22. Mai 1997 vom Bundeskanzler in Berlin vorgestellte „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ führt alle für den wirtschaftlichen

Aufbauprozeß in Ostdeutschland Verantwortlichen in einer gemeinsamen Anstrengung zusammen, um Wachstum und Beschäftigung neuen Schwung zu verleihen. Die Schaffung von zusätzlich 100.000 Arbeitsplätzen jährlich ab 1998 ist ein ehrgeiziges Ziel, aber erreichbar. Wichtig ist jetzt, daß alle Beteiligten die übernommenen Verpflichtungen konsequent umsetzen. Zusammen mit dem von der Bundesregierung in der vergangenen Woche verabschiedeten neuen mittelfristigen Förderkonzept sind jetzt die Voraussetzungen geschaffen, daß der Aufbau Ost dauerhaft an Dynamik gewinnt. Die Weichen sind auf jeden Fall richtig gestellt.

Bundesregierung, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Industrie sowie Handel und Banken haben sich in der Gemeinsamen Initiative auf abgestimmte zusätzliche Schritte verständigt, um

- die Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft weiter zu stärken,
- die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland in diesem Jahr zumindest nicht weiter absinken zu lassen und
- in den darauffolgenden Jahren die Zahl der Arbeitsplätze jeweils um rd. 100.000 zu steigern.

Die von allen Beteiligten in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zu erbringenden Beiträge ergänzen sich im Hinblick auf die gemeinsam gesetzten Ziele:

- Die Tarifpolitik orientiert sich künftig verstärkt an der Leistungskraft der Unternehmen.
 - Die Wirtschaft eröffnet den ostdeutschen Unternehmen zusätzliche Chancen bei Produktion und Absatz.
 - Der Staat sorgt für die erforderlichen investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen.
- Wichtig für die dauerhafte Wirkung der neuen Initiative ist, daß die Absichtserklärungen nicht unverbindlich bleiben. Ei-

ne Erfolgskontrolle im Rahmen eines halbjährlichen „Wirtschaftstages Ost“ ist ausdrücklich vorgesehen. Das bedeutet: Niemand kann sich aus der Verantwortung stehlen. Gleichzeitig kann auf veränderte Situationen und Probleme rasch reagiert werden. Mit der Gemeinsamen Initiative und dem Beschluß der Bundesregierung zum Förderkonzept für die Jahre 1999 bis 2004 wird für Investoren und Beschäftigte in den neuen Ländern ein klares Zeichen gesetzt, daß der Aufbau Ost auch in den kommenden Jahren wirtschaftspolitisch höchste Priorität besitzt. Dies ist gleichzeitig ein Zeichen für die Solidarität der Menschen im vereinten Deutschland.

2. Zukunft der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS)

Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS) wird ihre Aufgaben bis zum Ende des nächsten Jahres weitestgehend erledigt haben. Ein besonderer Erfolg ist dabei, daß die von den Investoren gemachten Arbeitsplatz- und Investitionszusagen in aller Regel übererfüllt werden. Die CDU legt größten Wert darauf, daß die nach 1998 noch verbleibenden Aufgaben ebenfalls sachgerecht zu Ende geführt werden können.

Die CDU wird dafür sorgen, daß die BVS mit einem personellen Kern über 1998 hinaus erhalten bleibt. Die so verschlankte BVS soll insbesondere die Betreuung der Privatisierungsverträge – etwa durch Kontrolle von Arbeitsplatz- und Investitionszusagen – abschließen. Die Unterstützung in Schwierigkeiten geratener, bereits privatisierter Unternehmen im Rahmen sog. „konzertierter Aktionen“ soll dabei entsprechend den mit den neuen Bundesländern vereinbarten Grundsätzen fortgeführt werden.

Vor der Verabschiedung endgültiger Beschlüsse werden die Vorstellungen zur Zu-

kunft der BVS mit allen Beteiligten ausführlich erörtert. Eine wichtige Gelegenheit hierfür ist u. a. die Sitzung des BVS-Verwaltungsrats am 10. Juli. In diesem Gremium sind auch die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer vertreten.

3. Ausbau der Verkehrswege in den neuen Bundesländern

Der Bund hat vom 2. Halbjahr 1990 bis Ende 1996 in die Verkehrsinfrastruktur der neuen Bundesländer rund 68 Mrd. DM investiert. Das sind rund 44 % aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes und – gemessen an Bevölkerungszahl und Fläche der neuen Länder – ein weit überproportionaler Anteil.

Bisher wurden – neben den notwendigen Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen – etwa 5.000 km Schienenwege einschließlich der Fahrleitungen sowie insgesamt rund 11.000 km Straßen um-, neu- oder ausgebaut. Nie zuvor wurde in Europa in so kurzer Zeit die Infrastruktur einer Region in einem solchen Umfang modernisiert.

Auch in diesem Jahr werden über 21 Mrd. DM in die Verkehrsinfrastruktur in ganz Deutschland investiert. Davon erhalten die neuen Bundesländer 9 Mrd. DM. Dies entspricht einem Anteil von 43 %. Damit wird die bisherige Prioritätensetzung für die neuen Länder beibehalten, um möglichst zügig eine weitgehende Angleichung der Verkehrsinfrastruktur der neuen an den Standard der alten Bundesländer zu erreichen.

Vorrang genießen weiterhin die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Mit einem Gesamtvolumen von rund 70 Mrd. DM machen sie einen entscheidenden Teil der Verkehrsinvestitionen aus. Bereits 3 von 17 Projekten, alles Schienenprojekte, sind fertiggestellt. Bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit Straße werden bereits 60 % der jährlich insgesamt für Neu- und Ausbau zur Verfügung stehenden Mittel zugunsten der neuen Bundesländer inve-

stiert. Beschleunigte Fertigstellungen tragen vielfach zu Kosteneinsparungen bei. Hinzu kommen die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer forciert bereitgestellten Verkehrsinfrastruktur für das notwendige Ansiedeln weiterer Betriebe und Arbeitsplätze in der jeweiligen Region. Deshalb hat der Bundesminister für Verkehr auch 6 Maßnahmen in den neuen Bundesländern als private Betreibermodelle für eine Überprüfung der wirtschaftlichen Machbarkeit vorgeschlagen.

Die CDU hält es für vordringlich, daß jetzt trotz aller Haushaltsprobleme alle Möglichkeiten genutzt werden, um auch mit neuen Formen der Finanzierung zu raschen Fortschritten für die neuen Bundesländer zu kommen. Möglichkeiten der Vorfinanzierung müssen trotz bestehender haushaltsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Bedenken vorurteilsfrei unter dem Gesichtspunkt gesamtwirtschaftlicher Effekte geprüft werden.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt die CDU noch einmal die große Bedeutung des Transrapid-Projektes Hamburg–Berlin für die neuen Länder. Mit der am 21. Mai 1997 im Bundeskabinett beschlossenen Magnetschwebbahnverordnung hat der Bund alle notwendigen Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht.

4. Sanierung der Braunkohle

Die Sanierung der Braunkohlegebiete ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Braunkohleregionen der neuen Länder von entscheidender Bedeutung. Tausende von Bergleuten haben hier eine Beschäftigung gefunden. Mit ihrer Arbeit verwandeln sie stillgelegte Reviere wieder in attraktive Landschaften. Damit schaffen sie die Voraussetzungen für die Neuan-siedlung von Unternehmen und neue Arbeitsplätze.

Bund und Länder haben von 1993 bis 1997 jährlich bis zu 1,5 Mrd. DM für die

Sanierung der Braunkohleregionen zur Verfügung gestellt. Der Bundeskanzler hat den Bergleuten anlässlich der Barbara-Feier am 4. Dezember 1996 in Leipzig zugesagt, daß auch für den Zeitraum 1998 bis 2002 rechtzeitig ein bedarfsgerechter Finanzrahmen festgelegt wird.

Bund und Länder führen zur Zeit Gespräche für eine Finanzierungsregelung 1998 bis 2002. Angesichts vorhandener Haushaltszwänge geht es um eine Lösung, die möglichst viele Arbeitsplätze erhält. Die CDU geht davon aus, daß eine tragfähige Lösung mit allen Beteiligten sehr bald erreicht werden kann. Bergleute wie Sanierungsunternehmen brauchen schnell Klarheit wie Planungssicherheit für die Zeit nach 1997.

5. Ausbildungssituation in den neuen Bundesländern

In den zurückliegenden Jahren hat die Bundesregierung außerordentliche Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, daß ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen bereitsteht. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, daß Jugendliche nicht vor verschlossenen Türen stehen dürfen, wenn sie die Schule verlassen und in das Berufsleben eintreten.

Auch in diesem Jahr wird die Bundesregierung die neuen Länder durch ein Sonderprogramm unterstützen, um einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Lehrstellenmarkt zu gewährleisten. Bund und neue Länder haben am 16. Mai 1997 die Vereinbarung über das neue „Aktionsprogramm Lehrstellen Ost 1997“ unterzeichnet. Mit diesem Programm, an dem sich der Bund mit insgesamt 200 Mio. DM beteiligt, werden in diesem Jahr 15.000 zusätzliche Lehrstellen gefördert.

Eingebettet ist dieses Sonderprogramm in die „Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“, die in der vergangenen Woche von Bundesregie-

rung, Wirtschaft und Gewerkschaften vereinbart wurde. Die Beteiligten haben zugesagt, die Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung weiter zügig zu verbessern. Neue Ausbildungsberufe und mehr Stufenausbildungen sollen betriebsspezifische Ausgestaltungen erleichtern und neue Ausbildungschancen für praktisch Begabte erschließen. Die Tarifvertragsparteien werden Möglichkeiten zur Steigerung des Lehrstellenangebotes in die Tarifverhandlungen einbeziehen und dabei auch die Höhe der Ausbildungskosten prüfen. Die Bundesregierung flankiert diesen Prozeß, indem sie weiterhin „Lehrstellentwickler“ fördert, die u. a. die Betriebe beim Einstieg in die Ausbildung beraten sowie Ausbildungsverbände initiieren.

Zentrales Ziel ist die Bereitstellung eines ausreichenden betrieblichen Lehrstellenangebots durch Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen. Dabei gilt auch künftig der Grundsatz, daß Ausbildung vor Übernahme geht.

Wir brauchen in den neuen Ländern in diesem Jahr rund 140.000 Ausbildungsplätze. Die aktuellen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) signalisieren: Die Lage am Lehrstellenmarkt ist angespannt. Deshalb müssen alle Beteiligten in den kommenden Wochen zusätzliche Anstrengungen unternehmen.

Bei der konzentrierten Betriebsbesuch-Aktion der BA vom 14. April bis 9. Mai, der sog. „Maikäfer-Aktion“, wurden allein in den neuen Ländern 49.200 Betriebe besucht und dabei 10.000 Ausbildungsstellen noch für dieses Jahr gewonnen. Dies ist ein hoffnungsvolles Signal. Am 18. Juni findet bundesweit der „Tag des Ausbildungsplatzes“ statt.

Die CDU appelliert an alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung: Unterstützen Sie diese Aktion, indem sämtliche Reserven für zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten mobilisiert werden.

6. Abschaffung der Gewerbesteuer

Die CDU will die investitionsfeindliche und arbeitsplatzvernichtende Gewerbesteuer zum 1. Januar 1998 abschaffen und die Erhebung in den neuen Ländern auch in 1997 weiter aussetzen. Insbesondere Unternehmen in den neuen Ländern wären wegen ihrer häufig geringen Kapitaldecke von der Einführung der Gewerbesteuer besonders negativ betroffen. Alle erwarten, daß nun auch die SPD im laufenden Vermittlungsverfahren zum Gesetz zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform endlich ihre Verantwortung für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen wahrnimmt und der Abschaffung der Gewerbesteuer zustimmt. Die Bundesregierung ist zu Kompromissen im Vermittlungsverfahren bereit.

Bund und Länder müssen zur Kompensation der Kommunen wegen des Wegfalls der Gewerbesteuer bzw. ihrer Aus-

setzung in den neuen Bundesländern gleichermaßen beitragen. Dabei bedarf die Haltung der SPD in ihrem am 26. Mai 1997 vorgestellten Steuerkonzept im Vermittlungsverfahren noch der Präzisierung.

Die Zeit drängt. Potentielle Investoren erwarten für ihre Investitionsplanung im kommenden Jahr bereits in der ersten Jahreshälfte 1997 ein eindeutiges steuerpolitisches Signal. Um weitere arbeitsplatzgefährdende Verzögerungen zu vermeiden, sollte die SPD unverzüglich ihre Mitglieder für die Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses benennen sowie an der Festlegung eines Zeit- und Arbeitsplans mitwirken.

Nachdem mit der Vorstellung des SPD-Steuerkonzeptes am 26. Mai 1997 Bewegung in die bisherige Blockadehaltung gekommen ist, haben sich die Chancen für ein erfolgreiches Vermittlungsverfahren verbessert. Die CDU appelliert an die SPD, nunmehr konstruktiv an den steuerpolitischen Voraussetzungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze mitzuwirken.

Firmen künftig wieder stärker auf ältere Mitarbeiter angewiesen

Unternehmen werden nach Ansicht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) künftig wieder stärker auf die älteren Mitarbeiter angewiesen sein.

Auf die Gruppe der jüngeren Leistungsträger in einem Unternehmen könne man nach dem Jahre 2010 nicht in gleichem Maße rechnen wie bisher, sagte der BDA-Experte für Personalpolitik, Fritz-Jürgen Kador, im Saarländischen Rundfunk.

Das Konzept, notwendigen Personalabbau durch Vorruhestand zu erreichen, werde auf Dauer nicht tragen, betonte der Experte des Arbeitgeber-

dachverbandes mit Blick auf die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung.

Es seien Konzepte zu überlegen, wie die Fähigkeiten der Älteren stärker in die betriebliche Personalpolitik eingebunden würden. Vor allem in neueren Strukturen wie der Gruppenarbeit hätten Ältere eine stärkere Funktion als in den früheren arbeitsteiligen Konzepten.

Auch seien ältere Mitarbeiter modernen Anforderungen sehr wohl gewachsen. „Die Älteren von morgen werden also andere Ältere sein als die von heute“, unterstrich Kador.

Bund und Länder fördern 15.000 betriebliche Lehrstellen in Ostdeutschland

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt erklärten anlässlich der Vorstellung des Aktionsprogramms Lehrstellen Ost 1997:

Bund und Länder haben am 16. Mai die Vereinbarung Aktionsprogramm Lehrstellen Ost unterzeichnet. Die Vereinbarung tritt sofort in Kraft. Damit werden 15.000 betriebliche Ausbildungsplätze in den neuen Ländern gefördert. Der Bund stellt hierfür rund 200 Mio. DM bis zum Jahr 2000 bereit. Auf die Länder verteilt sich das Platzkontingent wie folgt:

Berlin:	1.616 Plätze
Mecklenburg-Vorpommern:	3.116 Plätze
Brandenburg:	3.116 Plätze
Sachsen-Anhalt:	2.116 Plätze
Thüringen:	1.616 Plätze
Sachsen:	3.416 Plätze

In diesem Jahr suchen in Deutschland über 630.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz, gut 490.000 im Westen und 140.000 im Osten. Das sind gegenüber dem Vorjahr rund 13.000 Nachfrager mehr. Im Osten fehlen die meisten der benötigten Stellen noch. Die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit weist dort gegenwärtig lediglich rund 25.000 offene Lehrstellen aus.

In Gesamtdeutschland besteht nach der Zwischenbilanz der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber dem Vorjahr ein Defizit von 57.000 Lehrstellen. Diese Ausbildungsplätze müssen in den nächsten Wochen noch geschaffen werden.

In den neuen Ländern unterstützt die Bundesregierung das Lehrstellenangebot bereits nachhaltig:

- Das Bundesbildungsministerium setzt 160 Lehrstellenentwickler ein, die seit ihrer Tätigkeit bereits rund 20.000 betriebliche Ausbildungsplätze mobilisiert haben.
- Das Bundeswirtschaftsministerium wird sein ERP-Investitionsprogramm für zusätzliche Lehrstellen in kleinen und mittleren Betrieben sowie die Programme für Ausbildungsberater und Ausbildungsplatzwerber fortsetzen. Allein 1996 konnten durch sie 10.000 Lehrstellen gewonnen werden.

Es geht um die Zukunftschancen der Jugendlichen

- Die Bundesanstalt für Arbeit finanziert 1997 Vollausbildungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für rund 10.000 Jugendliche.
 - Die Bundesanstalt für Arbeit setzt auch 1997 ihre Werbeaktionen für Ausbildungsstellen fort und fördert außerdem Ausbildungspersonal mit ABM-Mitteln.
- Jetzt ist die Wirtschaft am Zug. Die Betriebe müssen wissen, daß weiteres Abwarten die gemeinsamen Bemühungen um eine bedarfsgerechte und systemadäquate Weiterentwicklung der dualen Ausbildung gefährdet. Es geht um die Zukunftschancen der Jugendlichen, es geht um den Zukunftstandort Deutschland. ■

Wir brauchen eine schnelle Umsetzung der Reformen

Betrifft: Bundeshaushalt

Die konjunkturelle Entwicklung ist positiv. Wichtige Wirtschaftsindikatoren entwickeln sich günstig:

- Wir haben praktisch Preisstabilität erreicht.
- Die Auftragseingänge steigen.
- Die Kapazitätsauslastung der Industrie und die realen Ausstattungsinvestitionen zeigen nach oben.
- Die Lohnstückkosten sinken.
- Auch für 1997 sind moderate Lohnsteigerungen zu erwarten.
- Die Industrieproduktion legt zu.
- Für das laufende Jahr kann mit einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent gerechnet werden.

Deutschland befindet sich in einem tiefgreifenden Strukturwandel

- Laut Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sind 80 Prozent der Arbeitslosigkeit in Deutschland strukturell bedingt.
- Die Konjunktur wirkt kaum entlastend für die öffentlichen Haushalte. Unser exportgetragenes Wachstum ist wenig steuererziebig.
- Durch die Arbeitslosigkeit entstehen hohe Kosten für den Staat: 100.000 Arbeitslose belasten die öffentlichen Haushalte mit drei Milliarden DM.

Folgen für die öffentlichen Haushalte

Nach der neuen Steuerschätzung ist für dieses Jahr mit weniger Steuereinnahmen zu rechnen als ursprünglich angenommen: Gegenüber den ursprünglichen Prognosen fallen sie um 18 Milliarden DM, davon rund 9 Milliarden DM beim Bund, geringer aus.

Was tut der Bund?

● Weitere Teilprivatisierung der Telekom ab 1997

Die erfreuliche Geschäftsentwicklung bei der Telekom rechtfertigt eine beschleunigte Verminderung des Bundesanteils. Die Entscheidungen werden nur in enger Abstimmung mit dem Telekom-Vorstand getroffen. Die Interessen der Kleinaktionäre werden umfassend berücksichtigt.

● Neubewertung der Reserven der Bundesbank

Mit Eintritt in die Dritte Stufe der Europäischen Währungsunion wird die Deutsche Bundesbank Teil des Europäischen Zentralbanksystems. Sie erhält damit einen neuen Aufgabenzuschnitt. Die der Bundesbank zur Verfügung stehenden Reserven sind an den ihr verbleibenden Aufgaben auszurichten. Selbst nach Übertragung von Reservemitteln an die Europäische Zentralbank (EZB) übersteigen die Finanzreserven der Bundesbank weit den für die Erfüllung ihrer notenbankpolitischen Aufgaben im Europäischen Zentralbanksystem (ESZB) erforderlichen Umfang.

Bernhard Jagoda: Zwei Millionen neue Stellen in Deutschland möglich

Nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, könnten in Deutschland innerhalb von fünf Jahren zwei Millionen neue Stellen entstehen.

Die angestrebte Halbierung der Arbeitslosenzahlen sei keine Glaubensfrage. Voraussetzungen für einen Anstieg der Erwerbstätigkeit seien allerdings an der Inflationsrate und der Produktivität orientierte Lohnabschlüsse, eine Umwandlung von 40 Prozent der zuschlagpflichtigen Überstunden in Beschäftigung und mehr Teilzeitangebote. Außerdem müssten die Lohnnebenkosten um

zwei Prozentpunkte sinken (Basis 1996) und müssten die Investitionen steigen.

Fortbildung als Chance begreifen

Jagoda ermunterte Jugendliche mit Abitur, einem Studium gegenüber einer Lehrausbildung den Vorzug zu geben. Eine hohe Qualifikation sei der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. Der Zwang, sich ständig fortbilden zu müssen, sollte nicht als Last, sondern als Chance begriffen werden. „Im Vergleich zu allen anderen Gruppen haben Akademiker die besten Chancen auf dem Arbeitsmarkt“, sagte Jagoda.

Die Finanzreserven der Bundesbank beruhen auf den Leistungen der deutschen Volkswirtschaft in den vergangenen 50 Jahren. In sie ist ein guter Teil der volkswirtschaftlichen Ersparnis eingegangen, die Deutschland gegenüber dem Ausland angesammelt hat. Sie müssen Deutschland voll zugute kommen.

In Vorbereitung auf die Währungsunion ist daher das Rechnungswesen der Bundesbank auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Währungsreserven der Bundesbank sind entsprechend den für das Europäische Zentralbanksystem vorgesehenen Grundsätzen marktnah zu bewerten. Die Neuordnung des Rechnungswesens der Bundesbank wird mit der gebotenen Vorsicht angegangen. Die finanzielle Solidität der Bundesbank wird gewahrt.

Die Mittel, die nicht zur Finanzierung der Neubewertungsrücklage und der gesetzlichen Rücklage benötigt werden, sind an den Bund abzuführen. Sie sind zur Til-

gung der Erblasten der DDR im Erblastenteilungsfonds zu verwenden und stehen nicht für die Finanzierung von Haushaltsaufgaben zur Verfügung.

Reformen für die Zukunft

Die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigen: Wir brauchen die schnelle Umsetzung der Reformen in der Steuerpolitik und der sozialen Sicherung sowie die Ausschöpfung aller Spar- und Konsolidierungsanstrengungen.

Generalsekretär Peter Hintze:

„Die Große Steuerreform ist der entscheidende Schlüssel für mehr Wachstum und Beschäftigung. Die Steuerreform wird die Steuerlast für Bürger und Unternehmen senken und durch Belegung des Wirtschaftswachstums die Steuereinnahmen stärken.“

Bau des Transrapid ist seriös und verantwortbar

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), und der Berichterstatter für den Transrapid, Werner Kuhn, erklärten zum optimierten Konzept des Transrapid:

Das am 13. Mai in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und am 14. Mai im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages von Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann vorgestellte optimierte Finanzierungs- und Managementkonzept für den Transrapid stellt den Bau und den Betrieb auf eine solide Basis. Trotz aller Unkenrufe seitens der SPD-Bundestagsfraktion ist damit klar: der Transrapid kann auf einer seriösen und verantwortbaren Grundlage realisiert werden.

Das optimierte Konzept beruht unverändert auf der vereinbarten public-private-partnership. Der Bund zahlt den Fahrweg mit 6,1 Mrd DM, die Industrie trägt die Verantwortung für die technische Machbarkeit und die zeitliche Verfügbarkeit des Systems mit Kosten für das Betriebssystem in Höhe von 3,7 Mrd DM. Die DB übernimmt eine zentrale Rolle bei der Realisierung: sie baut, betreibt und vermarktet das System. Dies eröffnet große Vorteile: Als Auftraggeber für den Bau kann die DB AG bei der Ausschreibung

und Vergabe auf ihren Erfahrungen von den Neu- und Ausbaustrecken fußen; durch die Integration des Transrapid in das DB-Angebot wird eine gute Verknüpfung gewährleistet. Bahnchef Dürr hatte ja bereits am 23. April im Verkehrsausschuß keinen Zweifel daran gelassen, daß die DB AG den Transrapid dann in ihr Gesamtangebot einbeziehen wird.

Dieses optimierte Konzept, bei dem der Bund erstmals seine Infrastrukturinvestitionen langfristig voll zurückerhält – im Unterschied zu sonstigen Straßen- oder Bahnprojekten – geht also nicht, wie die SPD ständig zu behaupten versucht, zu Lasten des Steuerzahlers, sondern ist eine optimale Lösung zu seinen Gunsten. Es ist somit eine verantwortungsbewußte Entscheidung der Bundesregierung, der Industrie und der DB AG.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diese Entscheidung als positives Signal für den Standort Deutschland und seinen Arbeitsmarkt: Das Ansehen als Technologiestandort wird damit gefestigt. Denn entscheidend ist, daß über innovative Technologien nicht nur geredet wird, wie die SPD es tut, sondern daß zukunftsweisende Entwicklungen im Herstellerland auch verwirklicht werden. Nur so haben sie auch Chancen im Weltmarkt.

Deutlicher Anstieg der Patent-Anmeldungen

Beim Deutschen Patentamt sind nach Angaben von Bundesforschungsminister Jürgen Rüttgers im vergangenen Jahr 64.894 Erfindungen und neue Produktionsverfahren angemeldet worden. Das sind fast 25.000 mehr als 1990. Beim Europäischen Patentamt (EPA) stieg in diesem Zeitraum die Zahl der Anmeldungen von 60.754 auf 64.033. Jürgen Rüttgers: Dies ist ein echter Innovationsschub und eine überaus erfreuliche Entwicklung. Gleichwohl müsse die deutsche Forschung noch zulegen.

Die SPD springt nicht über ihren ideologischen Schatten

Zum Steuerkonzept der SPD erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Die SPD kann offenbar nicht über ihren ideologischen Schatten springen. Statt sich den Realitäten zu stellen, stricken die Sozialdemokraten mit ihrer Argumentation beim Spitzensteuersatz weiter an einer Neidkampagne. Die SPD kann oder will nicht erkennen, daß gerade mit Blick auf die gewerblichen Mittelständler und Freiberufler eine Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer unausweichlich kommen muß. Ansonsten würden diese Gruppen gegenüber Kapitalgesellschaften erheblich benachteiligt.

Grundsätzlich zu begrüßen ist die Bereitschaft der SPD, einer Streichung der Gewerkekapitalsteuer zuzustimmen. Die Gewerkekapitalsteuer gefährdet die Existenz der oft eigenkapitalschwachen kleinen und mittleren Betriebe, die einen wesentlichen Beitrag zum Arbeitsmarkt und vor allem

bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen leisten.

Die Erkenntnis, daß die Streichung der Gewerkekapitalsteuer für mehr Investitionen und damit auch mehr Arbeitsplätze dringend notwendig ist, kommt bei

DIE WELT: Kein großer Wurf;

BERLINER MORGENPOST: Kein mutiger Schritt nach vorn, „Fummeleien“ an einzelnen Steuerparagrafen;

STUTTGARTER NACHRICHTEN: Die SPD bleibt sich treu.

den Sozialdemokraten jedoch reichlich spät. Dieser Schritt hätte längst erfolgen können, wenn er von der SPD bisher nicht ständig blockiert worden wäre.

Mit ihrer Blockadepolitik bei Steuern und anderen Reformwerken trägt die SPD ein gerüttelt Maß Schuld am hohen Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Auch Staatsanwaltschaft entlastet Rita Süßmuth

Ausnahmslos alle Flüge von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth mit Maschinen der Bundeswehr waren dienstlich begründet. Daran gibt es, wie jetzt auch die Bonner Staatsanwaltschaft mitteilte, keinen Zweifel. Bereits im Januar hatte der Ältestenrat des Deutschen Bundestages einstimmig festgestellt, daß in keinem Fall

Bundeswehrflugzeuge für private Zwecke benutzt worden sind. Die Staatsanwaltschaft Bonn hat den Bericht von Bundestagsvizepräsident Ulrich Klose für den Ältestenrat sowie weitere Unterlagen ausgewertet und den Sachverhalt unter verfassungs- und strafrechtlichen Gesichtspunkten geprüft.

NATO-Rußland-Akte feierlich unterzeichnet

Am 27. Mai wurde in Paris die „Gründungsakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Russischen Föderation“ durch die Staats- und Regierungschefs Rußlands und der NATO-Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Für kommende Generationen kann dieser Tag zu einem wahrhaft historischen Datum werden, denn die sogenannte NATO-Rußland-Akte bildet eine wesentliche Grundlage für die Osterweiterung der NATO und wird ein zentrales Element der neuen kooperativen euro-atlantischen Sicherheitsordnung sein.

Zugleich ist mit der Unterzeichnung der Akte der deutschen Bundesregierung und mit ihr der CDU ein wichtiger außen- und sicherheitspolitischer Erfolg beschieden worden. Seit langem haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß es Sicherheit in und für Europa nur mit und nicht gegen Rußland geben kann. Die NATO-Rußland-Akte ist nicht nur das Ergebnis einer zu großen Teilen deutschen Initiative, sie trägt auch in ihren Inhalten deutlich eine deutsche Handschrift.

Im gegenseitigen Vertrauen

Schon die ersten Sätze zeigen klar auf, welche sicherheitspolitische Dimension der Akte zukommt: NATO und Rußland betrachten sich nicht als Feinde und setzen sich vielmehr zum Ziel, die Konfrontation und den Wettbewerb von früher zu überwinden und das gegenseitige Vertrauen sowie die Zusammenarbeit zu stärken. Um in Zukunft eine dauerhafte Ko-

ordination und Konsultation zu gewährleisten, wird der „Ständige Gemeinsame Rat NATO-Rußland“ ins Leben gerufen, der auch für eventuelle Entscheidungen und Aktionen in bezug auf gemeinsame Sicherheitsfragen zuständig sein wird. Den Vorsitz des Rates wird nach deutschem Vorschlag eine Troika, bestehend aus dem NATO-Generalsekretär, einem Vertreter Rußlands und rotierend dem Vertreter eines NATO-Mitgliedstaates übernehmen.

In keinem Punkt Vetorecht

Im weiteren führt die Akte die Bereiche der umfangreichen Konsultation und Zusammenarbeit auf: Konfliktverhütung allgemein und gemeinsame Operationen einschließlich Friedenseinsätze, Fragen der Abrüstung und des gesamten Spektrums der atomaren Sicherheit, Verhütung der Verbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, Konversion der Rüstungsindustrie, Informationsaustausch und Konsultation über die jeweiligen Strategien und Verteidigungspolitiken, aber auch die Bekämpfung des Terrorismus und des Drogenschmuggels.

Von entscheidender Bedeutung für die Erweiterung der NATO ist die Festlegung, wonach weder der NATO noch Rußland an irgendeinem Punkt ein Vetorecht über die Handlungen des anderen zusteht. Zugleich stellen die Mitglieder der NATO fest, daß sie keine Absicht, keinen Plan und keinen Grund haben, Nuklearwaffen auf dem Gebiet von neuen Mitgliedern zu stationieren.

Partizipation von Kindern ernst nehmen

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Kinder sind unsere Zukunft – Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in unserer Gesellschaft“ erklärten die familienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, und das Mitglied der Kinderkommission des Bundestages, Johannes Singhammer:

Kinder sollen zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten erzogen werden. Diese Aufgabe liegt vorrangig und maßgeblich in der Verantwortung der Eltern. Gleichzeitig ist es notwendig, daß Kinder und Jugendliche am gesellschaftlichen Leben stärker als bisher beteiligt werden. Sie sind Träger eigener Rechte; dies wurde in der UN-Kinderkonvention verankert. Die Bundesregierung hat sich mit der Unterzeichnung verpflichtet, die Konvention national umzusetzen. Dazu gehört, daß Kinderpolitik einen größeren Stellenwert braucht. Kinder dürfen angesichts des demographischen Wandels nicht zur gesellschaftlichen Randgruppe werden; sie sind in Entscheidungsprozesse einzubeziehen, damit sie selbst stärker mitgestalten können.

Eine besondere Verantwortung kommt hierbei der kommunalen Ebene zu. Gerade vor Ort müssen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, sich einzumischen, ernst genommen werden. Wir begrüßen ausdrücklich, daß das Bundesfamilienministerium eine Studie in Auftrag gegeben hat, um Informationen über die Interessen von Kindern und ihre Partizipationsmöglichkeiten zu erhalten.

Notwendig und sinnvoll ist die Beteiligung junger Menschen vor allem dort, wo ihre Belange betroffen sind. Das kann so aussehen, daß Kindern bei städtischen Planungen – z. B. von Fahrradwegen, bei der Gestaltung von Spielplätzen oder verkehrsberuhigten Wohnstraßen – die Gelegenheit gegeben wird, Wünsche anzumelden. Die Akzeptanz der Beteiligungsformen hängt davon ab, ob die Erfolge des Engagements für Kinder und Jugendliche klar und schnell erkennbar sind. Und: die Partizipationsmöglichkeiten müssen altersgerecht sein. So entspricht die parlamentarische Form der Kinder- und Jugendparlamente eher der Art und Weise, wie sich Jugendliche mit einer Thematik auseinandersetzen. ■

Stoppt die Verunsicherung älterer Mieter!

Nach einem Spitzengespräch ihrer Vereinigungen in Königswinter forderte Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, und Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft:

Wenn es um Miete und Wohnen geht, reagiert die ältere Generation besonders sensibel. Ältere Menschen sind am Wohnungsmarkt weniger mobil und darum in Mietfragen schneller zu verunsichern. Über zwei Drittel der

Wohngeldempfänger sind Rentner. Eppelmann und Worms appellierten deshalb an Bund und Länder, ihrer gemeinsamen Pflicht nachzukommen und das Wohngeld auch in Zukunft der Mietentwicklung anzupassen. Auch bei der Novellierung des Mietrechtes müssen die Bedürfnisse der Älteren berücksichtigt werden. Wer das Mietrecht mit der Abrißbirne bearbeiten will, wird auf den entschiedenen Widerstand von Senioren-Union und CDA treffen.

Wolfgang Schäuble:

Sozial ist, was Beschäftigung schafft

Jobs, Jobs, Jobs – darum geht es, an diesem Ziel müssen wir unser Denken und Handeln ausrichten, in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, nicht nur in der Bundespolitik, genauso in den Ländern und Gemeinden, in den Gewerkschaften, den Unternehmen, den Verbänden.

Der Streit um Haushaltsdefizite und veränderte Steuerschätzungen darf uns von unserem Hauptproblem nicht ablenken: Wie können wir für mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land sorgen? Wir brauchen mehr wirtschaftliche Dynamik, neue Chancen am Arbeitsmarkt, darum geht es, das ist das Primäre, alles andere ist vergleichsweise sekundär.

Wir dürfen auch nicht nur lamentieren, sondern wir müssen die Probleme beherzt anpacken. Wir müssen Lähmungen überwinden, wir müssen Verkrustungen aufbrechen, die uns einschnüren.

Wie ist die Lage am Arbeitsmarkt? Wir haben im vergangenen Jahr einen Verlust von rund einer halben Million Arbeitsplätzen hinnehmen müssen. Entsprechend ist die Zahl der Arbeitslosen gestiegen, so daß für dieses Jahr mit 4,3 Millionen zu rechnen ist. Diesen Trend müssen wir stoppen und wieder umkehren.

Gelingen kann uns das, wenn wir uns auf alles das konzentrieren, was den Standort Deutschland im Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze bessern hilft:

● **Auf neue Technologien setzen** – deshalb haben wir die Signale für den Transrapid auf Grün gestellt, denn bei dieser hochmodernen, zukunfts-trächtigen Verkehrstechnologie haben wir weltweit die Nase vorn, und es wäre unverzeihlich,

würden wir diesen Vorsprung leichtfertig aus der Hand geben.

● **Bürokratie abbauen** – denn Regulierungseifer, Verwaltungsperfektionismus und aufgeblähte Apparate treiben Kosten und lähmen Innovation und Fortschritt.

● **Mehr Existenzgründungen und mehr Selbständigkeit** – denn Selbständigkeit ist und bleibt die entscheidende Antriebsfeder für eine sich dynamisch entwickelnde Volkswirtschaft.

Wie wird der Arbeitsmarkt der Zukunft aussehen, welche Chancen bietet er? Fest steht: Die Arbeitswelt unserer Kinder wird mit der Arbeitswelt unserer Eltern nur noch wenig gemein haben. Nicht mehr

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 23. Mai auf der CDA-Bundestagung in Magdeburg

Großunternehmen mit Zigtausenden von Beschäftigten werden bestimmend sein, sondern immer mehr kleinere und mittlere Unternehmen, viele Neugründungen mit wenigen Beschäftigten, die in der Lage sind, sich flexibel einem Markt anzupassen, der mehr und mehr von Dienstleistungen aller Art, zum Teil hochspezialisiert, geprägt sein wird.

Das bedeutet, daß uns die optimale Qualifikation und Ausbildung der jungen Generation ein besonderes Anliegen sein muß. Jedermann weiß, daß in dieser Hinsicht manches im argen liegt, von der Ausbildungsreife unserer Schulabsolventen über die Hochschulreife unserer Abiturienten bis zur Qualität unserer universitären Aus-

bildung. Die Bundesländer sind in der Pflicht, hier überzeugend Abhilfe zu schaffen, weil wir nicht zulassen dürfen, daß die Zukunftschancen unserer jungen Generation weiter beeinträchtigt werden.

Wir brauchen mehr Anreize und Chancen für die junge Generation, sich selbständig zu machen, eigene Existenzen, eigene Betriebe und Firmen zu gründen. Wenn sich in unserem Land lediglich 7 Prozent der Hochschulabgänger selbständig machen wollen, in den USA aber 17 Prozent, dann liegt hier eine der strukturellen Ursachen für unsere Probleme. Nicht weniger beunruhigend ist, daß nach Angaben des Zentralverbands des Deutschen Handwerks in den nächsten Jahren Hunderttausende selbständiger Handwerksbetriebe wegzufallen drohen, weil die Kinder nicht bereit sind, den elterlichen Betrieb zu übernehmen. An den nötigen Fähigkeiten und dem notwendigen Selbstvertrauen der jungen Leute liegt es ja wohl nicht – aber ermutigen und unterstützen Elternhaus, Schulen, Hochschulen, Ämter und Behörden (von den Kreditinstituten ganz zu schweigen) solche Überlegungen oder raten sie nicht in der Regel eher ab?

Dienstleistungsberufe fördern

Und wenn den Dienstleistungsberufen die Zukunft gehört, den industrienahen ebenso wie den privaten, dann müssen wir helfen, dieses Feld auch von den gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen her besser zu erschließen. Dann war es richtig und notwendig, die Beschäftigung von Angestellten in Privathaushalten steuerlich und durch die Einführung des „Dienstleistungsschecks“ zu fördern und zu erleichtern, und dann ist und bleibt die Diskriminierung dieser Förderung durch die SPD unverantwortlich. Dann sind Initiativen in hohem Maße unterstützenswert und zur Nachahmung empfohlen, wie sie beispielsweise der Kreis Aachen betreibt, um auf kommunaler Ebene Dienstleistungs-

agenturen in privater Trägerschaft zu initiieren, die Arbeitslose und Geringqualifizierte in Serviceleistungen für Hotels und Gaststätten, aber auch in private Haushalte für Haushalts- und Einkaufshilfen, Reparaturarbeiten, Gartenarbeiten und dergleichen vermitteln sollen. Genau so unterstützenswert im übrigen wie der Versuch von Städten wie Hamburg, Offenbach, Frankfurt oder München, durch das darauf spezialisierte niederländische „Bureau Maatwerk“ bei den örtlichen Unternehmen Einfacharbeitsplätze für arbeitslose Sozialhilfeempfänger akquirieren zu lassen, mit bemerkenswertem Erfolg. Dies zeigt, daß die Auflockerung des Vermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit richtig gewesen ist und jetzt sogar von sozialdemokratisch geführten Stadtverwaltungen genutzt wird.

Steuerreform elementar wichtig

Weil wir die Rahmenbedingungen so setzen müssen, daß sich dieser Arbeitsmarkt der Zukunft optimal entfalten kann, darum ist auch die Reform unseres Steuersystems so elementar wichtig – von der Gewerbesteuer, die als letzte Substanzsteuer in Deutschland endlich beseitigt werden muß und wo sich die SPD nicht länger verweigern darf, bis hin zu einer durchgreifenden Reform unserer Einkommen- und Körperschaftsteuer, wo wir zu erheblich niedrigeren Steuersätzen mit erheblich weniger Steuerausnahmen kommen müssen. Wenn es für die Notwendigkeit der Großen Steuerreform eines Beweises bedurft hätte, dann hat ihn die jüngste Steuerschätzung erbracht: Die Steuereinnahmen gehen gegenwärtig auch in absoluten Beträgen stärker zurück als das nominale Bruttoinlandsprodukt! Das gibt einen Eindruck davon, in welchem exorbitanten Umfang unsere übergroße Zahl von steuerlichen Sonderregelungen zum Zwecke der Steuervermeidung gebraucht

oder mißbraucht werden. Wenn wir hier nicht gemeinsam zu einer wirklichen Strukturreform kommen, dann werden wir auch bei noch so viel Wachstum weiter rückläufige Steuereinnahmen haben. Das kann niemand wollen.

Ausgabendynamik bremsen

Wenn wir die Weichen auf mehr Wachstum und Beschäftigung stellen wollen, dann muß ein weiterer Anstieg der Lohnnebenkosten verhindert werden. Wer dieses Problem nur über das Erschließen anderer Finanzierungsquellen lösen will, der springt zu kurz. Wir müssen zuerst die Ausgabendynamik bremsen, daran führt kein Weg vorbei. Daher ist die dritte Stufe der Gesundheitsreform, die kurz vor dem Abschluß steht, ebenso notwendig wie die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, zu der noch vor der Sommerpause das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wird. Die demographische Entwicklung zwingt uns, den weiteren Anstieg der Renten zu verlangsamen – das ist der Kern der vorgeschlagenen Reform, nicht mehr, aber auch nicht weniger, und daß das notwendig ist, wenn die Beitragsätze nicht ins Uferlose steigen sollen, darüber sind sich die Experten einig. Wer sich aber hinstellt, wie der niedersächsische Ministerpräsident, und erklärt, man könne über eine Absenkung des Rentenniveaus reden, aber erst für die, die neu ins Erwerbsleben eintreten, der betreibt populistische Effekthascherei und streut den Menschen Sand in die Augen. Denn das entlastet die Rentenversicherung frühestens in 40 Jahren, und dann wäre die Rente längst unbezahlbar geworden.

Während andere nur von Innovation und Erneuerung reden, läßt die Koalition ihren Worten auch Taten folgen. Und die Maßnahmen greifen. Das beweist nicht zuletzt die Tarifentwicklung des vergangenen Jahres: Die Abschlüsse lagen in den meisten

westdeutschen Tarifbereichen zwischen 1,3 Prozent und 2,0 Prozent, nach durchschnittlich gut 3,4 Prozent im Vorjahr. Das ist nicht zuletzt ein Ergebnis unserer Gesetzgebung, mit der das tarifliche Arbeitsrecht in vielfältiger Weise flexibilisiert worden ist, so daß zahlreiche „Bündnisse für Arbeit“ auf tarifvertraglicher Ebene möglich wurden, auch abgesenkte Einstiegstarife für neu eingestellte Arbeitnehmer oder Regelungen zur Umsetzung des geänderten Entgeltfortzahlungsgesetzes.

Wir verdanken die moderate Lohnentwicklung aber auch einer insgesamt verantwortungsbewußten, mit Augenmaß betriebenen Politik der Gewerkschaften. Es liegen eben Welten zwischen einem Mann wie dem DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte und dem amtierenden Parteivorsitzenden der SPD. Die Gewerkschaften sind im Grunde genommen viel weiter als der alter Tanker SPD – ob es darum geht, die notwendigen Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für die Rentenversicherung zu ziehen, oder um die anteilige Besteuerung hoher Altersbezüge, ob es um tarifvertragliche Modelle zur Beschäftigungssicherung geht oder um eine Verkürzung betrieblicher Ausbildungszeiten, ob es um die Flexibilisierung des Flächentarifvertrages geht oder um die fehlende Beschäftigungswirksamkeit bestimmter Umfinanzierungsmodelle – der DGB zeigt sich offen, gesprächsbereit, erwartet konkrete Vorschläge. Das stellt der Verweigerungspolitik der SPD-Führung das Zeugnis aus, das sie verdient.

Beispiel Ausbau Ost

Wir machen konkrete Vorschläge, und wir setzen sie auch um. Der Aufbau Ost ist nicht das schlechteste Beispiel. Die Bundesregierung hat dieser Tage zusammen mit Gewerkschaften, Arbeitgebern und den neuen Ländern eine gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland verabschiedet und als ihren Beitrag zu die-

Kongreß der Senioren-Union:

„In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?“

Am Montag, dem 23. Juni 1997, im Kurhaus Wiesbaden, veranstaltet die Bundesvereinigung der Senioren-Union einen bundesweiten Kongreß zum Thema „In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?“. Im Vordergrund des Kongresses steht der Dialog der Generationen und die Frage nach gemeinsamen Grundwerten. Die Grundsatzreferate werden gehalten von Frau Prof. Dr. Ursula Lehr (Generationensolidarität – eine Illusion?) und Roland Koch, hessischer CDU-Fraktionsvorsitzender (Aktive Bürger kennen kein Alter). Auf dem Podium zum Kongreßthema werden diskutieren: Roswitha Verhülsdonk, Bundesvorsitzende der BAGSO; Christoph Böhr, CDU-Landesvorsitzender

Rheinland-Pfalz; Weihbischof Dr. Klaus Dick, Köln, sowie Oliver Nölken, RCDS-Bundesvorsitzender. Moderiert wird die Podiumsdiskussion von Martin Lohmann, Rheinischer Merkur.

Senioren Union



CDU

Informationen zu dieser Tagung können Interessierte bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union, Friedrich-Ebert-Allee 73–53, in 53113 Bonn, oder per Fax: 02 28/54 43 67 abrufen.

ser Initiative ein Konzept zur Fortsetzung der Ostförderung bis zum Jahr 2004 im Kabinett beschlossen. Danach werden die bestehenden Sonderabschreibungen durch zehn- oder zwanzigprozentige Investitionszulagen für kleine und mittlere Unternehmen ersetzt, die Programme für Eigenkapitalhilfen und Kredite werden ebenso fortgeführt wie die Programme für die industrienahe Forschung. Die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ sollen Anfang nächsten Jahres fertiggestellt werden. Zusammen mit dem Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung von zusätzlich 15.000 neuen Lehrstellen in den neuen Ländern wird diese Initiative erheblich da-

zu beitragen, dem Aufbau Ost neuen Schwung zu verleihen.

Das zeigt: Zu Pessimismus und Kleingläubigkeit besteht kein Anlaß, im Gegenteil. Die Öffnung der Märkte, ein dichter werdendes Netz weltweiter Kommunikation und Information, auch ein härter werdender Wettbewerb bergen für uns Deutsche noch immer mehr Chancen und Vorteile als Risiken und Nachteile. Wir müssen es nur verstehen, mit unserem Pfund zu wuchern. Und wir müssen bereit sein, uns bei so viel Veränderungen auch selbst zu verändern. Daß wir das können, davon bin ich überzeugt. ■

Rainer Eppelmann:

Uns geht es um den richtigen Weg zur Vollbeschäftigung

Auf der Magdeburger Bundestagung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) vom 23. bis 25. Mai sorgte ein provokantes Thesenpapier des Bundesvorstandes für einen engagierten Dialog. Die zu lösende Aufgabe: Wie kann eine Vollbeschäftigungstherapie aussehen? Die Diagnose: bürokratisches und erstarrtes Denken, zu geringe Technikakzeptanz und phantasielose Manager.

Zu Beginn dominierte die politische Aussprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble. Die Delegierten rieben sich an den pointiert vorgetragenen Ausführungen. Vor allem wurde kritisiert, daß die Politik zu oft auf leere Versprechungen der Wirtschaft hereingefallen sei.

Man habe schweren Herzens einer Deregulierung des Kündigungsschutzes zugestimmt und auf die Aussage des Handwerks vertraut, daß hierdurch 300.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Tatsache jedoch sei, daß kurz nach der Verabschiedung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung das Handwerk den Verlust von weiteren 50.000 Arbeitsplätzen prognostizierte und Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt eine weitere Deregulierung des Kündigungsschutzes einforderte.

Wolfgang Schäuble und die etwa 400 CDA-Delegierten waren darin einig, daß es nach vielfältigen Reformen und Vorleistungen der Arbeitnehmer eine „Bringschuld der Wirtschaft“ gebe, endlich genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

In seinem politischen Bericht ging Rainer Eppelmann auf die Kampagne einiger christlich-sozialer Verbände, wie KAB, Kolping, CGB, CDA und CSA „Investivlohn jetzt“ ein. Unter großem Beifall der Delegierten mahnte er die Umsetzung des Versprechens in der Koalitionsvereinbarung nach einer Weiterentwicklung der Vermögenspolitik energisch an. Dieses „Herzstück der CDA“ sei notwendig, um ein Zeichen für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft zu setzen. Mit 84,3 Prozent wurde Rainer Eppelmann zum Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Auch sein Erster Stellvertreter, Hermann-Josef Arentz, und der CDA-Schatzmeister, Claus Hackemesser, wurden in ihrem Amt bestätigt.

Den Samstag prägte die Auseinandersetzung um das Diskussionspapier:

Abschnitt für Abschnitt erarbeitete der Delegiertenkongreß Positionen zur Tarif-, Wirtschafts-, Umwelt-, Finanz- und Steuerpolitik. Klare Voten gab es für eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik, die sich vor allem auf investive Lohnbestandteile stützen sollte. Eine Teilzeitarbeit-Offensive und eine sozial ausgewogene Steuerreform sollen als Elemente der Vollbeschäftigungstherapie umgesetzt werden. Dabei sei auch zu berücksichtigen, daß zumindest ein erster Schritt zur Umfinanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben von der Sozialversicherung zum Steuerrecht vollzogen werde. Kernelement sei jedoch die Ausweitung des vereinbarten Bündnisses für Arbeit in Ostdeutschland zu einem ge-

samtdeutschen Gesellschaftsvertrag für Vollbeschäftigung.

Ein rhetorisches Feuerwerk prägte den Abschlußtag der Konferenz. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm nahm sich viel Zeit, um in einer launigen Ansprache mit anschließender Diskussion Rede und Antwort zu stehen. Klare Signale sandte er zum parallel laufenden Bundesparteitag der FDP in Wiesbaden. Eine Arbeitsteilung, wonach die Union für schmerzhaftes Sparen zuständig sei, während die FDP ihre Klientel pflege, könne es nicht geben.

Die Delegierten forderte er auf, in der Union und in den Gewerkschaften müsse die CDA „das Salz in der Suppe“ sein. Von den Unternehmern verlangte Norbert Blüm, daß sie nicht permanent den Eindruck erwecken, als seien Entlaßzahlen „Erfolgsmeldungen“. Originalton: „Ein Unternehmen ist keine Kapitalsammelstelle, Unternehmer haben die Hände und Köpfe der Menschen zu pflegen.“ Mit stehenden Ovationen feierte die Konferenz ihren Vorarbeiter beim Umbau des Sozialen.

Es war Rainer Eppelmann, der in seiner Schlußansprache das Resümee der Magdeburger Bundestagung zog:

„Die schwierigen und von uns teilweise nur widerwillig mitgetragenen Beschlüsse des letzten Jahres prägten auch unsere Bundestagung. Dies vor allem, weil die Versprechungen der Wirtschaft, Arbeits- und Ausbildungsplätze verstärkt zu schaffen, nicht eingehalten wurden. Wir wissen, daß die christlich-sozialen Verbände unsere Kampagne zum Investivlohn auch zur Nagelprobe machen: Wo stehen wir, und was halten andere von uns? Wie ernst nimmt uns die Union, wie ernst nimmt die Union die christliche Soziallehre?

Die FDP mag sich, wenn sie will, auch weiter als Steuersenkungspartei profilieren, wir profilieren die Union als eine Par-

tei, die den Menschen und nicht den Profit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Wir wollen verhindern, daß Helmut Kohl die Erfahrung von Bob Dole und John Major machen muß. Sie sind am Wähler gescheitert, weil sie die soziale Gerechtigkeit aus dem Auge verloren haben. Eine Politik des Gebens und Nehmens muß die verschiedenen Interessen zusammenführen. Nicht polarisieren, nicht radikalisieren, sondern aufeinander zugehen, ist die Voraussetzung für eine Politik der Vollbeschäftigung. Daher sind wir froh, daß Helmut Kohl mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden zunächst für Ostdeutschland ein neues Bündnis für Arbeit geschlossen hat. Dieses Bündnis für Arbeit muß gesamtdeutsch ausgeweitet werden: als Kernelement ein Investivlohn-Gesetz, das auch langfristige Tarifverträge ermöglicht.

Dies war eine Bundestagung von selbstbewußten Delegierten, ein Zeichen lebendiger Demokratie. Wir wollten in der Vorbereitung dieser Bundestagung eine spannende Debatte, und wir haben sie gehabt. Dazu gehört auch die Bereitschaft, Positionen, die formuliert wurden, zu überdenken und zu ändern. Das, was wir hier erlebt haben, war eine klassische Schule der Demokratie. Wir mußten spontan umschalten, haben aber am Ende produktive Ergebnisse, die für die weitere Arbeit, auch der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe in Bonn, wichtig sind. Das ZDF begann die Heute-Berichterstattung über unseren Bundeskongreß am Samstag mit den Worten: ‚Die CDA geht auf Konfrontationskurs zur Bundesregierung.‘ Uns geht es nicht um Konfrontation, uns geht es um den richtigen Weg zur Vollbeschäftigung. Nur wer ihn glaubhaft vermittelt, wird die zukünftigen Wahlen gewinnen können. Nicht, wer mir schmeichelt, sondern wer mir die Wahrheit sagt, auch wenn sie weh tut, ist mein Freund. Nach dieser Erkenntnis von Lao-tse wird die CDA ihren unverrückbaren Beitrag zum politischen Wettbewerb auch weiterhin leisten.“ ■

Die Kieler Haschisch-Pläne sind vom Tisch

Vernunft setzt sich doch durch. Die vor kurzem ergangene Entscheidung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte in Berlin verbannt das schleswig-holsteinische Projekt dahin, wohin Konzepte für falsche und gefährliche Experimente gehören: in den Papierkorb.

Über zwei Jahre verfolgte Ministerin Moser ihr Prestigeprojekt „Haschisch in Apotheken“. Gegen den erklärten Willen der Bevölkerung, gegen alle wissenschaftlichen und drogenpolitischen Bedenken wollte sie ihren Haschisch-Akzeptanzkurs durchsetzen. Das falsche gesellschaftspolitische Signal und die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen des Haschisch-Konsums interessierten sie nicht.

Als „wissenschaftlicher Modellversuch“ getarnt, verfolgte die schleswig-holsteinische Gesundheitsministerin das Ziel, Haschisch freizugeben. Diese Legalisierung durch die Hintertür wurde nun verhindert. Jedoch hatte schon die Kieler Ankündigung, Cannabis abgeben zu wollen, erhebliche negative Konsequenzen für die Suchtprävention. Die Verharmlosungsdiskussion führt zudem dazu, daß immer mehr Haschisch auf den Markt gelangt. Dies zeigen die deutlich angestiegenen Sicherstellungsmengen.

Wir können nicht einerseits vor Gefahren des Mißbrauchs warnen, andererseits aber das Angebot an illegalen Drogen erhöhen. Die Abgabe von Haschisch würde die Hemmschwelle zum Konsum herabsetzen, die Verfügbarkeit gefährlich erhöhen und so den Markt für Jugendliche noch weiter

öffnen. Der Mißbrauch von Alkohol, Nikotin und Medikamenten bringt schon genug Leid in unsere Familien. Ziel muß vielmehr sein, Probierbereitschaft und Nachfrage zu senken, statt sie durch dubiose „Modellversuche“ zu fördern.

Zudem sprechen rechtliche Bedenken gegen den Versuch. Das Betäubungsmittelgesetz und die von Deutschland unterzeichneten internationalen Suchtabkommen, so das von 1961, lassen eine De-facto-Legalisierung von Cannabisprodukten nicht zu. Nicht umsonst hat der Internationale Drogenkontrollrat in seinem Jahres-

**Von Roland Sauer,
Leiter des Gesprächskreises
Drogen der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

bericht 1996 den Kieler Haschisch-Vorschlag unter Hinweis auf die Gesetzeslage klar abgelehnt.

Der Versuch, die Märkte für sogenannte „weiche“ und „harte“ Drogen zu trennen, ist in den Niederlanden mit den „coffishops“ gescheitert. In deren unmittelbarer Nähe entstanden Umschlagplätze für „harte“ Drogen. Erfreulicherweise bleiben uns ähnliche Entwicklungen in Deutschland nun erspart.

Absurd der Vorschlag, ausgerechnet in Apotheken Haschisch abgeben zu wollen. Apotheken wollen Kranken helfen; sie verkaufen Arznei- und Heilmittel, die der Gesundheit dienen, und keine gesundheitsschädigenden Drogen.

Mit ihrem verantwortungslosen Projekt trug Kiel auch dazu bei, die von Haschisch ausgehenden Gefahren für die Gesundheit zu verharmlosen. Dabei sind die negativen Auswirkungen auf Körper und Psyche allgemein bekannt:

- bronchitische Beschwerden
- Verengung der Luftwege
- deutliche Erhöhung des Krebsrisikos im Lungen- und Hals-Nasen-Rachenraum
- Steigerung des Infarkttrisikos
- Hirnschädigungen und andere Schäden am Zentralen Nervensystem
- Beeinträchtigung des Kurzzeitgedächtnisses
- Abbau der Konzentrations- und Leistungsfähigkeit.

Nicht zu vernachlässigen sind die schädlichen Auswirkungen für die Verkehrssicherheit auf Deutschlands Straßen. Es wäre doch gerade zu grotesk, die Zahl der Alkoholfahrten zu reduzieren, gleichzeitig aber Haschisch am Steuer zuzulassen. Eine Haschisch-Abgabe würde zu einer dramatischen Verkehrsfährdung durch unterm Haschisch stehende Straßenverkehrs-

teilnehmer führen. Schon jetzt haben wir jährlich 400 Tote und 4.000 Verletzte durch Unfälle unter Rauschgifteinfluß.

In ihrer überwiegenden Mehrheit verweigern die Deutschen dem Apothekenmodell ihre Zustimmung. 76 Prozent der Deutschen sind gegen eine Legalisierung „weicher“ Drogen, rund 65 Prozent der Schleswig-Holsteiner lehnten das Kieler Modell ab. Der Nationale Drogenrat, die Bundesverbände der Apotheker und Kriminalbeamten sowie zahlreiche Suchtverbände und Drogenexperten warnten vor dem Modellversuch. Die Drogenpolitik Frau Mosers geht somit völlig am Willen von Bevölkerung und Fachleuten vorbei.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt es, daß der Kieler Antrag nun abgelehnt worden ist und damit ein Schlußstrich unter den mehrjährigen Presserummel und Aktionismus gezogen wurde. Kiel kann sich jetzt auf die weitaus wichtigeren Inhalte einer verantwortungsbewußten Anti-Drogenpolitik konzentrieren: auf die Erweiterung präventiver Maßnahmen, den Ausbau der Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeplätze und auf den entschlossenen Einsatz gegen die Dealer. ■

27. Deutscher Evangelischer Kirchentag · Leipzig

Der 27. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 18. bis 22. Juni in Leipzig statt. Die diesjährige Losung lautet: „Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben“. Es ist der erste zentrale Kirchentag, der nach der Wende in Ostdeutschland stattfindet.

Zahlreiche Politiker aus CDU und CSU sind im Programm vertreten,

u. a.: Kurt Biedenkopf, Jochen Borchert, Rainer Eppelmann, Heiner Geißler, Michaela Geiger, Hermann Gröhe, Friederike de Haas, Peter Hintze, Vera Lengsfeld, Angela

Merkel, Claudia Nolte, Wolfgang Schäuble, Rita Süßmuth, Arnold Vaatz, Horst Waffenschmidt.

Auf dem „Markt der Möglichkeiten“ finden Sie den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Halle 5 (N 5 T 04) der Neuen Messe mit einem Diskussionsstand unter dem Stichwort „Entwicklung der Demokratie“.

Weitere Informationen beim Evangelischen Arbeitskreis unter Tel.: 02 28/5 44-3 02.

Herbert Reul: Wir brauchen die humane Leistungsschule

In der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik setzen sich immer mehr die Grünen mit ihren Vorstellungen durch, und in NRW gibt es mittlerweile eine neue unheilige bildungspolitische Allianz: einerseits die linken Roten in der SPD und andererseits die grünen Weltverbesserer mit ihren abstrusen Ideen. Diese Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, den Leistungsgedanken aus der Schule zu verbannen.

Traurig ist, daß zu allem, was diese rot-grüne Bildungsfront treibt, der Wirtschaftsminister des Landes Wolfgang Clement schweigt. Mit seinem Schweigen toleriert bzw. unterstützt er diese leistungsfeindliche Politik. Aber wie so oft fallen bei ihm wieder einmal Handeln und Reden auseinander. Bei seinen abendlichen Veranstaltungen vor Wirtschaftsverbänden und Industrie- und Handelskammern sagt er, daß eine wichtige Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ein gutes und qualifiziertes Fachpersonal sei.

Voraussetzung dafür ist aber, daß die Grundlagen in unseren Schulen und Hochschulen sowie durch ein zukunftsorientiertes Berufsbildungssystem und ein gutes Weiterbildungsangebot geschaffen werden. Was wir also brauchen, ist ein leistungsfähiges, differenziertes, die unterschiedlichen Begabungen förderndes innovatives Schul- und Bildungswesen, nicht aber das rot-grüne Schulkonzept, das Spaßmachen zum obersten Prinzip für Schule erhebt.

Die CDU NRW erwartet vom Wirtschaftsminister unseres Landes, daß er sich hinter unser Konzept der humanen Leistungsschule stellt und nicht, um des rot-grünen Koalitionsfriedens willen, die Schulpolitik in NRW den grünen Bildungschaoten überläßt. Denn was zur Zeit unter Rot-Grün in der Bildungspolitik passiert, gefährdet die Zukunftschancen unserer Kinder und damit die Zukunft unseres Landes. Die CDU NRW wird sich deshalb mit aller Kraft gegen diese fatale Schulpolitik stemmen.

Aktion „Stoppt die notenfreie Grundschule!“

Um die Abschaffung der Noten in der dritten Klasse zu verhindern, hat die CDU NRW ihre im vergangenen Jahr mit zwei Info-Briefen begonnene Kampagne gegen diese gravierenden Veränderungen in der Grundschule mit dem Start der Aktion „Stoppt die notenfreie Grundschule!“ fortgesetzt. Ziel ist es, der CDU nahestehende Mitglieder in den Schulkonferenzen aufzufordern,

durch Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu verhindern, daß die Noten in den dritten Klassen der nordrhein-westfälischen Grundschulen abgeschafft werden. Für das notenfreie dritte Schuljahr ist nämlich ein Beschluß der Schulkonferenz notwendig. Faßt diese bis zum Sommer keinen solchen Beschluß, bleibt es weiter bei einem Notenzugnis.

Ich werde keinem Streit mit Frau Behler aus dem Wege gehen, wenn es darum geht, die bildungspolitischen Interessen unserer Kinder und ihrer Eltern zu wahren. Wir lassen es nicht zu, daß das gegliederte Schulsystem und die humane Leistungsschule Stück für Stück von experimentierwütigen und ideologisch verblendenden rot-grünen Bildungspolitikern in NRW kaputtgemacht wird.


 A stylized logo featuring the number '400' in a large, white, sans-serif font. The number is flanked by two white, abstract, human-like figures in a dynamic, almost dancing pose. The entire logo is set against a dark, curved background.

**Stoppt die notenfreie
Grundschule**

Eine Aktion der CDU NRW

BMW schafft 400 zusätzliche Lehrstellen bis zum Jahr 2000

Der Autohersteller BMW richtet bis zum Jahr 2000 400 zusätzliche Lehrstellen ein. Damit steige die Zahl der Ausbildungsplätze in der BMW AG von gegenwärtig 2600 auf 3000 in drei Jahren, teilte das Unternehmen in München mit. BMW will nach Angaben von Vorstandschef Bernd Pischetsrieder weiter am Prinzip festhalten, möglichst alle Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis zu übernehmen.

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers:

Bildung muß Mega- Thema werden

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers hat eine umfassende Bildungsreform angemahnt. „Bildung muß das Mega-Thema unserer Gesellschaft werden. Wir brauchen einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik, um in der kommenden Wissensgesellschaft bestehen zu können“, sagte er bei einer Feierstunde anlässlich des 40jährigen Bestehens der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hier liege eine „riesige“ Aufgabe, auf die auch die Union noch nicht hinreichend vorbereitet sei, räumte der CDU-Politiker ein. Als Beispiel nannte Rüttgers die Auswirkungen der multimedialen Revolution auf

40 Jahre Politische Akademie Eichholz

das Bildungssystem. Ihr begegnete man in Schulen und Hörsälen nur zögerlich.

Mit Blick auf den Veranstaltungsort hob Rüttgers die Bedeutung politischer Bildung hervor. Durch zunehmende Individualisierung sei Sozialität mehr und mehr eine Folge bewußter Entscheidungen. Zu diesen müßten die Menschen auch durch die politische Bildung befähigt werden.

Der neue Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Ottfried Hennig, nannte den europäischen Integrationsprozeß als wesentliche Aufgabe der Bildungsarbeit in Eichholz. Die Politische Akademie werde sich um die Ausprägung eines europäischen Bewußtseins bemühen. ■

Familienfest lockte wieder Tausende

Zum siebten Mal in Jahresfolge veranstaltete die CDU Suhl am 1. Mai ein Familienfest. Die Veranstaltung im Haus „Philharmonie“ und in dessen Umfeld zog erneut Tausende Besucher an. Unstrittiger Höhepunkt war dabei eine Gesprächsrunde mit Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer und Bundesfamilienministerin Claudia Nolte, die im benachbarten Ilmenau zu Hause ist.

Zahlreiche Stände und vielfältige Angebote für die ganze Familie prägten schon am Morgen des 1. Mai das Bild rund um das Haus „Philharmonie“. Nicht nur Stadträte der CDU, auch die Frauen-Union und die Junge Union waren vertreten und kamen mit Besuchern ins Gespräch. Autohäuser offerierten ihre Angebote, Kinder konnten per Elektro-Mobil Fahrkünste erproben, ihre Kräfte beim Torwandschießen messen, auf einer Hüpfburg toln, dem Puppentheater „Manuart“ folgen oder in einem Streichelzoo Freundschaft mit Haustieren knüpfen.

Die CDU-Frauen hatten selbstgebackenen Kuchen mitgebracht. Der Erlös des Kuchenbasars kam dann dem Streichelzoo zugute.

Während auf der einen Seite des Hauses Diskotheker Ali Fröhlich für Stimmung sorgte, unterhielt auf der anderen Seite das „Haselgrund-Duo“ die Gäste im Festzelt. Im Haus zeigten Porzellan- und Seidenmaler Proben ihres Könnens. Der Fremdenverkehrsverband war präsent. Den Jüngsten standen erstmals auch Computer zur Verfügung, um sich spielerisch der Technik von morgen zu nähern.

Seit sieben Jahren schon macht die CDU Suhl am 1. Mai auf diese Weise auf sich aufmerksam. Kam im Jahre 1991 noch eine gemeinsame Veranstaltung mit dem DGB zustande, so sind seitdem die Seiten des Hauses im Suhler Stadtzentrum nach den verschiedenen politischen Richtungen voneinander getrennt. Im Haupteingangsbereich die Christdemokraten, auf der Nebeneingangsseite Sozialdemokraten, DGB und PDS.

Die Besucher immerhin nehmen auch das seit Jahren gelassen: nicht nur die politi-

Partei aktiv

schen Angebote, auch die Bierpreise und kulturellen Offerten entscheiden über den Zuschlag. Die CDU immerhin kam auf mehr als 2000 Besucher in diesem Jahr und hatte das Gros der Interessenten wiederum auf ihrer Seite.



Neben dem Puppentheater fand . . .



... das Autorennen ganz besonderen Anklang.

Dazu trugen vor allem auch die Gäste der Nachmittags-Gesprächsrunde bei: neben den Suhlern, Oberbürgermeister Dr. Martin Kummer, Landtagsabgeordneter Werner Ulbrich und Kreisvorsitzender Wolfgang Wehner, die Politiker aus Bonn: Bundesgesundheitsminister und Bundesfamilienministerin. Claudia Nolte, Abgeordnete im Suhler Wahlkreis, war es gelungen, ihren „Kollegen“ Seehofer nach Suhl einzuladen. „Wirtschaft stärken – Sozialstaat sichern“ – unter dieses Motto hatte die Suhler CDU schließlich ihr Familienfest gestellt und damit Bezug genommen auf aktuelle Problemstellungen im Land.

Horst Seehofer machte dann auch vor nahezu 400 Gästen klar, was christlich-soziale Politik unter Gesundheitsreform versteht und was an wesentlichen Details bislang hartnäckig in den Medien verschwiegen wird. Es gehe gerade darum, eine Zweiklassen-Behandlung zu verhindern und allen Bürgern den Zugang zum weltbesten medizinischen Versorgungssystem zu gewährleisten. Ein Bürger bedankte sich denn auch ausdrücklich für die Möglichkeiten, die sich ihm jetzt bieten und die vor 1990 für ihn unerreichbar waren.

Andere wiederum hinterfragten Auslegungspraktiken der Gesundheitsreform, wie die Kurvergabe. Ein PDS-Bürgermeister aus der Region allerdings, der den Minister des Scheiterns bezichtigte und zum Rücktritt aufforderte, fand bei den Zuhörern wenig Gegenliebe.

Der Erlös einer Tombola – die Sachpreise hatten einheimische Unternehmen gesponsert – ging zu gleichen Teilen (je 300 DM) an die Friedberger Sportgemeinschaft, den Dombergverein und die Allgemeiner soziale Beratung der Caritas. Ein Bürger nahm aus den Händen von Claudia Nolte zudem einen Reisegutschein für zwei Personen nach Berlin entgegen.

Familienkonferenz als Forum für Erziehungsfragen

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte hat am 15. Mai in Bonn die erste „Ständige Familienkonferenz“ eröffnet.

Die Konferenz, der Vertreter von über 60 Verbänden und Organisationen angehören, soll nach Angaben des Bundesfamilienministeriums alle zwei

Jahre tagen und in der Zwischenzeit in Arbeitsgruppen über Fragen zur Erziehung in Familie und Schule beraten.

Zur Eröffnung betonte Claudia Nolte, die Konferenz solle „ein Bündnis für Familien“ sein, das den Sachverstand der vertretenen Experten bündelt und die Familien bei ihren Aufgaben unterstützt.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es geht bei dieser Zusammenkunft um rechtsstaatliche Demokratie, um den Begriff „Epochenwandel“. Das anzusprechende Dilemma, Werner Weidenfeld zufolge: „Die Ratio der alten Ordnung gilt nicht mehr, doch das Baumuster der neuen Zeit steht noch aus.“

Für Dr. Günther Rüter, Mitglied der Geschäftsleitung der KAS, bedeutet das: „Gesucht sind effiziente Antworten auf die Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens.“

Das Ereignis, zu dem Interessierte in ganz Deutschland eingeladen sind:

Veranstaltung Nr. 106

Bewährungsprobe für die Demokratie – steht der freiheitliche Rechtsstaat an einem Wendepunkt?

Eichholzer Forum
8. bis 10. Juni 1997

Einige der Themen/Referenten:

- Vor welchen Herausforderungen steht der liberale Rechtsstaat?
- ▶ Prof. Dr. Hans Hugo Klein, Göttingen (ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht)
- Wieviel Konflikt verträgt die Konsensdemokratie?
- ▶ Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt (IG Metall)

▶ Dr. Thomas Vajna, Köln (Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände)

● Freiheit oder Gleichheit? – Demokratieverständnis in den neuen Bundesländern

▶ Ministerin Christine Lieberknecht, Erfurt

● Machen Medien Politik? - Die Rolle der Medien im Prozeß der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung

▶ Dr. Christian Henkelmann, Düsseldorf (Büro des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag NRW)

▶ Thilo Boss, Hamburg (Welt am Sonntag)

● Der optimale Handlungsspielraum für Demokratie im Zeitalter der Europäisierung

▶ Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Köln (Universität zu Köln, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen)

**Weitere Informationen/
Anmeldungen:**
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax-Nr. (0 22 36) 7 07-230

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Der erste Preis ging an den Kreisverband Gotha

Im Zusammenhang mit dem bundesweiten Aktionstag am 26. April, zu dem Generalsekretär Peter Hintze aufgerufen hatte, hatte die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch einen Fotowettbewerb ausgeschrieben.

Inzwischen ist eine solche Fülle von Fotos bei uns eingetroffen, daß es uns nicht leicht fiel, die schönsten darunter zu ermitteln.

Den ersten Preis und damit einen Canvassing-Stand mit Sonnenschirm hat der Kreisverband Gotha gewonnen. Er wartete gleich mit einer ganzen Mappe von Fotos auf.

Wir haben deshalb daraus eine Auswahl getroffen, die den bunten Tag in Gotha eindrucksvoll veranschaulicht.



Kampf um die Preise beim Maibaumklettern



Unsere Kreisgeschäftsführerin Rosel Steinbrück in Aktion und „noch allein“



Nach erfolgreichem Maibaumsetzen überreicht der Kreisvorsitzende Dr. Reichholz eine Flasche „Leichtlauföl“



Auch unsere Jüngsten interessieren sich schon für Politik



Siegerehrung

Das Sommerzelt als zweiten Preis hat der Kreisverband Waren-Müritz erhalten, das Canvassing-Paket als dritten Preis der Kreisverband Bochum. Den 4. bis 10. Preis erhielten: die Frauen-Union des KV Wittenberg, der KV Görzitz, der Stadtbezirksverband Dudweiler/Saar, der KV Tuttlingen, der KV Steinburg, der Ortsverband Arnsberg und der Ortsverband Salzgitter-Bad.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

CDU-Ledergeldbörse

Wie abgebildet besteht die Börse aus einem Kleingeldfach auf der Außenseite sowie aus dem Scheinfach, 8 Kartenfächern und zwei Steckfächern im Innenteil. Die hochwertige Verarbeitung dieser Börse aus der namhaften „Brown-Collection“ zeichnet sich unter anderem durch rundgenähte Ecken, doppelte Nähte sowie die Stoff-Kaschierung an den Innenseiten aus. Durch ihr handliches Format (ca. 11x9cm) ist diese Börse sowohl als Damen- als auch als Herren-Geldbörse verwendbar.



▲ Bestell-Nr.: 9243
Verpackungseinheit:
1 Expl.
Preis je Expl.:
22,90 DM

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Alle Preise zzgl.
MwSt. und Versand Fax (0 54 23) 4 15 21

UID

17/1997

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon: (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.